

Zur Bedrohungslage der Einzelhändler in der Innenstadt / Langemarckstraße.

(Von J. Lange.)

Eine Pressemitteilung des Kreisverbandes bzw. der Fraktion zu den Berichten über aktuelle Vorkommnisse auf der Langemarckstraße.

Mit größter Besorgnis aber auch unserer uneingeschränkten Solidarität den Geschäftsinhabern gegenüber, welche auf der Langemarckstraße in Oberhausen aus Angst vor Übergriffen und Ladendiebstahle ihre Geschäfte abschließen müssen und in der Vergangenheit diese Zustände mehrfach erleben mußten.

Wir nehmen diese gesellschaftlichen Verwahrlosungstendenzen zur Kenntnis, welche durch die ungezügelte Masseneinwanderung in die Sozialsysteme ausgelöst werden.

Schon in der Vergangenheit haben die AfD Oberhausen sowie unsere Ratsfraktion diese Mißstände klar angesprochen, ohne daß daraus politische Konsequenzen erfolgt sind.

Gewalt und Kriminalität haben immer öfter einen Migrationshintergrund, was auch die offiziellen Statistiken des Bundeskriminalamtes klar und deutlich belegen.

Von den Medien, aber auch von der politischen Konkurrenz wird die Herkunft der Täter verschwiegen oder Straftaten als Einzelfälle bagatellisiert.

Solche Maßnahmen schützen nur die Täter; und die wahren Ursachen können politisch nicht bekämpft werden.

Der Staat hat durch diesen Kontrollverlust schon resigniert und sein Gewaltmonopol aufgegeben, da die Täter keine Konsequenzen zu befürchten haben.

Daß gerade die SPD und die CDU, welche diese Zustände durch ihr politisch verantwortungsloses Handeln erst ermöglicht haben, sich jetzt auf die Seite der Opfer schlagen oder die Armut der Täter als Grund vorschieben, zeigen deren Opportunismus und Heuchelei klar auf.

Die AfD fordert dagegen eine klare Benennung der Täter und deren Herkunft, auch wenn dies der Politik und den Medien ideologisch kaum gefallen dürfte.

Kriminelle Ausländer und Flüchtlinge sollten schneller abgeschoben und eine Einbürgerung zusätzlich erschwert werden.

Dazu stehen wir weiterhin für eine Bezahlkarte für Flüchtlinge ein und sehen dies als gute Möglichkeit an, damit Oberhausen an Attraktivität verliert und dadurch ein Anziehungseffekt abgestellt wird.

Dies wurde leider auf der letzten Ratssitzung von einer Mehrheit abgelehnt und daher wird sich wenig zum positiven hin verändern und in Zukunft werden die Innenstadt, der Bahnhofsbereich, der ÖPNV und viele weitere Bereiche in Oberhausen Orte bleiben, welche für die Mitbürger gefährlich sind oder subjektiv Angst erzeugen.

Oberhausen den 24. 3. 2024

Jörg Lange (Pressereferent u. stellv. Fraktionsvors.)